

Vergessene Resozialisierung?

„Von 100 inhaftierten Personen kehren 99 in die Freiheit zurück!“ So prägnant brachte Hans-Jürg Patzen, Leiter der Bewährungs- und Vollzugsdienste (BVD) des Justizvollzugs des Kantons Zürich, die Bedeutung des Themas „Resozialisierung“ in seinem Einführungsreferat auf den Punkt.

Was soll mit diesen Menschen in der Zeit des Weggesperrtseins passieren? 11 Referenten berichteten an den zwei Workshop-Tagen über ihre Arbeit im Bereich „Resozialisierung“. Dazwischen kam es zu lebhaft geführten Frage- und Dialogrunden der Referenten mit den 40 Workshop-Besuchern. Über diesen Austausch wird hier berichtet.

Wie wird der Insasse einbezogen im ROS?

Seit 2018 ist in allen Deutschschweizer Kantonen der Risikoorientierte Sanktionenvollzug (ROS) der rote Faden, dem es im Strafvollzug zu folgen gilt. Daniel Treuthardt, Leiter der ROS-Administration der BVD, stellte das Konzept in seinem Referat vor. Die erste Frage dazu kam von einem Psychologen, der im Luxemburger Strafvollzug tätig ist. Bei ihnen sei ein neues Strafvollzugsgesetz in Kraft getreten, das den Straftätern ein Mitbestimmungsrecht im Vollzug einräume. Man sehe sie als Partner. Zu Beginn der Freiheitsstrafe schlage man den Klienten etwa fünf Themen vor, die therapeutisch oder beraterisch anzugehen wären. Nun dürften diese entscheiden, auf welche Vorschläge sie sich einlassen wollten. Sie könnten alle ablehnen, ohne Konsequenzen für sie. Dann die Frage: „Wie wird der Insasse im ROS einbezogen? Darf er sagen, an diesem einen Thema möchte ich arbeiten, an den anderen nicht?“ Treuthardt antwortete, der Insasse müsse transparent informiert werden, warum man mit ihm welche Themen bearbeiten wolle: „Die Interventionen aber setzen wir für den Insassen verbindlich fest, er kann nicht auswählen.“ (Auf Nachfrage in der Pause erläuterte der Luxemburger, in seinem Land gehe man nicht davon aus, dass man die Straftäter in dem Sinne resozialisieren müsse, wie das hier verstanden werde. Mit der Verurteilung verliere man nicht das Menschenrecht auf Selbstbestimmung.)

In etwas anderer Schattierung tauchte das Thema der Mitbestimmung auch in einer nächsten Frage auf, die ein Gefängnisseelsorger stellte: „Der Fokus auf das Delikt sei sehr hoch in der therapeutischen Behandlung, beklagen sich die Männer immer wieder. Wo wird orientiert auf Ressourcen gearbeitet?“ Im ROS sei der Fokus anfangs stark auf das Delikt gerichtet, räumte Treuthardt ein, aber essentiell sei gleichzeitig das Bemühen, mit dem Klienten in eine tragfähige Beziehung zu kommen. Später im Vollzugsprozess würden die Ressourcen ein immer wichtigeres Thema.

Wie zielgerichtet in der deliktorientierten Therapie gearbeitet wird, legte This Stürm, Leiter des PPD im Zürcher Amt für Justizvollzug, in seinem Referat dar. Ihm stellten Therapeuten im Publikum Fragen zum Umgang mit der Schweigepflicht und der Evaluation in der forensischen Psychotherapie. „Das Tatgeschehen wird ja auch vor Gericht beurteilt und damit offen gelegt“, führte This Stürm aus. Zu etwa 15 Prozent gehe es in der Therapie um das Delikt, entsprechend tauche es in der Evaluation und Berichterstattung wieder auf. Zudem sei das Gericht der

Auftraggeber und habe darum das Recht, über das Risiko nach der Therapie Auskunft zu bekommen. Zur Evaluation durch den PPD sagte er: „Jeder Therapieabschnitt ist mit speziellen Zielsetzungen verbunden. Es geht um das Erwerben eines Verständnisses, warum das Delikt geschehen ist, um die Deliktanalyse und schliesslich die Deliktprävention. Weil beim PPD von Anfang an jeder Fall in Teamarbeit geführt wird, geschieht auch die Evaluation im Team. Die Rolle des Klienten dabei: Er muss zusammenfassen, was er an Deliktverständnis etc. erarbeitet hat. Es stellt sich dann die Frage, ob uns die erarbeiteten Erkenntnisse genügen. Diese Beurteilung fliesst in die Evaluation ein.“

Selbst bei Insassen, die sich freiwillig zu einer Therapie bereit erklärten, rede der Justizvollzug bei den zu bearbeitenden Themen mit, berichtete ein Therapeut. Er habe einen Zuweisungsbericht vom PPD bekommen, der den therapeutischen Auftrag definiert habe. This Stürm: „Es geht darum, transparent mit dem Klienten am Tisch den Auftrag zu diskutieren. Der Klient soll möglichst viele Informationen über die Bedeutung der Behandlung für ihn bekommen, damit er freiwillig in die Behandlungsvereinbarung einwilligt und an den vorgeschlagenen Themen mitarbeitet.“

„Dank der ROS-Abklärung wissen wir heute mehr, was der einzelne Straftäter braucht“, meinte Hans-Jürg Patzen. „Leider fehlt es manchmal an der Zeit, alle nötigen Interventionen durchzuführen.“ Deutlich zeigte die Diskussion, dass Mit- oder gar Selbstbestimmung zumindest in der Deliktarbeit nicht vorgesehen sind. Das machte auch Daniel Treuthardt deutlich: „Verweigert ein Insasse die Mitarbeit in der deliktorientierten Therapie, kann das schon bedeuten, dass er keine Lockerungen bekommt.“ Ob so viel Fremdbestimmung in der Ausgestaltung der therapeutischen Arbeit funktioniert, wird sich zeigen. Zum Thema „Wirksamkeit von ROS“ sei ein grösseres Projekt geplant, stellte Treuthardt in Aussicht.

Im Ideenspeicher, der während des Workshops geführt wurde, tauchte das Mitbestimmungs-Thema im Strafvollzug wieder auf: „Eigenverantwortung fördern durch stärkeren Einbezug der Gefangenen“, hatte ein Teilnehmer notiert. „An dieser Idee wollen wir dran bleiben“, meinte Hans-Jürg Patzen bei der Besprechung der eingegebenen Themen am Schluss.

Immer später in den offenen Vollzug

Vera Camenisch, stellvertretende Direktorin und Leiterin Sozialdienst der JVA Realta, belegte in ihrem Referat, dass die Übertritte vom geschlossenen in den offenen Vollzug immer später im Verlauf einer Freiheitsstrafe erfolgen. Blieben 2013 noch 163 Tage Aufenthaltsdauer für die Arbeit an der Wiedereingliederung, waren es nach einem kontinuierlichen jährlichen Rückgang 2017 noch 119 Tage. „Uns bleiben im offenen Vollzug für all unsere vielfältigen Themen kaum vier Monate“, beklagte sie, „wir müssten die Klienten wieder früher aus dem geschlossenen Vollzug bekommen.“

Und was bremst den Vollzugsprozess aus? Es gibt verschiedene Gründe, zeigte sich in der angeregten Diskussion. So halte man heute Straftäter oft länger in Sicherheitshaft. Und weil diese Zeit der Freiheitsstrafe angerechnet wird, fehle sie dann in der Vollzugsarbeit, meinte ein Zürcher Vollzugsplaner. Zudem wies er auf die aufwändigen Sicherheitsüberprüfungen hin, die oft mit Vollzugslockerungen verbunden sind: „Es braucht jedes Mal eine Einzelfallüberprüfung. Das

dauert, weil auch oft Beurteilungen und Risikoabsicherungen aus dem Vollzug fehlen. Wüssten wir zum Beispiel mehr über die Vertragsfähigkeit des Insassen, liessen sich Lockerungsentscheide leichter fällen.“ Diesen Punkt sprach auch Camenisch an: „Wenn ein Klient zu uns übertritt, muss er die Deliktbearbeitung nicht abgeschlossen und die ganze therapeutische Arbeit gemacht haben. Wichtiger für uns ist dessen Vertrags- und Absprachefähigkeit, damit Lockerungen gegeben werden können.“

Die Prozesse im geschlossenen Vollzug dauerten lang und länger, fand auch This Stürm. Er sehe schon, dass deshalb in den offenen Institutionen weniger Zeit für Arbeitsversuche oder die Stellenvermittlung bleibe. Gleichwohl gab er den Ball mit seiner Frage retour an Vera Camenisch: „Was könnten offene Institutionen bereit stellen, damit Insassen früher vom geschlossenen in den offenen Vollzug wechseln könnten?“ Vera Camenisch: „Denkbar sind vielleicht Übergangsstadien bei uns, kleine Zwischenschritte bis hin zur vollen Öffnung. Und wir müssten vermehrt informieren, was wir alles anbieten können.“

Annette Keller, Direktorin der JVA Hindelbank, gab den Ball wieder retour und wandte sich mit einem Appell an die einweisenden Stellen: „Ich glaube, dass Lockerungsprognosen oft optimistischer ausfallen dürften. Und viel Zeit verlieren wir auch, weil die Dienstwege so lange sind. Von unserem Antrag für eine Vollzugslockerung bis zum Entscheid kann es ein halbes Jahr dauern, wenn die Fachkommission einbezogen werden muss.“

Entfremden sich Politik und Verwaltung vom Resozialisierungsgedanken?

Martin Erismann, Geschäftsleiter des team72, berichtete, dass in seiner Institution angebotene Arbeitsexternat sei nicht ausgelastet. Und vermutete: „Es ist auch die Angst vor dem mit der Öffnung verbundenen Risiko, die zu diesem Rückgang führt.“ Eine These, die diese Vermutung stützt, äusserte Dirk Baier, Professor am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention (IDK) der ZHAW, in seiner Präsentation: „Nicht die Bevölkerung (und erst Recht nicht die Mitarbeiterschaft im Vollzug) entfremdet sich vom Resozialisierungsgedanken; dies trifft vielmehr auf Politik und Verwaltung zu; eine permanente Sensibilisierungsarbeit in Bezug auf diese Akteure ist nötig.“ Roger Hofer, Dozent am IDK, schlug in seinem Input in die gleiche Kerbe: „Unsere Studierenden fokussieren auf alleinige Risikoorientierung.“ Wie er sich diese einseitige Orientierung erkläre, wünschte man in der Fragerunde von ihm zu wissen. „Es gab einen Hype um die Risikoorientierung“, meinte er, „die Jungen sind wie gefangen davon. Wenn sie später im CAS erleben, dass auch soziale Anliegen zum Vollzug gehören, geht ihnen ein neuer Horizont auf.“

Der politische Druck auf die Justiz und den Strafvollzug, der die prioritäre Risikoorientierung befeuert, wurde im Workshop nur am Rande zum Thema – eher ein Elefant im Raum. Hans-Jürg Patzen nahm es insofern auf, als er in seinem Einführungsreferat zum Workshop von den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen sprach, welche die Entwicklung des Vollzugs von Strafen und Massnahmen festlege. In wie hohem Mass das der Fall ist, brachte die Diskussion im Anschluss an das Referat von Patrick Cotti, Direktor des sich im Aufbau befindenden Schweizerischen Kompetenzzentrum Justizvollzug (SKJV), zu Tage, die sich um den Stellenwert der Resozialisierung entspann.

Stellenwert der Resozialisierung – oder: Fehlt da etwas?

Patrick Cotti zeigte auf einer Folie die sieben Leistungsbereiche, denen sich das künftige Kompetenzzentrum widmen wird: Grundausbildung, Weiterbildung, Bildung im Strafvollzug, Delikt- und Risikoorientierung, Sicherheit, Gesundheit, Kapazitätsmonitoring und -analyse – da kam prompt die Reaktion aus der Zuhörerrunde: „Meine ketzerische Frage: Wieso gibt es beim SKJV keinen Bereich `Resozialisierung`?“ Cotti lächelte und antwortete: „Das KKJPD hat die Leistungsbereiche so vorgegeben, und zwar vor fünf Jahren.“ Und Patzen sprang ihm zur Seite: „Die Leistungsbereiche sind einseitig ausgefallen, das empfinde ich jetzt auch so, diese Auswahl wurde dem künftigen Kompetenzzentrum 2014 mit auf den Weg gegeben, es ist ein Kind dieser Zeit.“

Es gab den „Hype um die Risikoorientierung“, wie sich Roger Hofer ausgedrückt hatte. Davon sprach auch Daniel Treuthardt, als er beim Vorstellen des ROS-Konzepts bemerkte: „Hätten wir doch damals einen anderen Namen als Risikoorientierter Sanktionenvollzug für unser Projekt gewählt!“ Als er im Anschluss an sein Referat gefragt wurde, was er als grösste Schwierigkeit bei der Umsetzung des ROS sehe, antwortete er: „Es ist die Unterstellung, dass ROS nur risikoorientiert sei, obwohl es gleichzeitig auch die Ressourcen der Klienten fördert und damit resozialisierend wirkt.“ Gegen die ROS-Imageprobleme kämpft auch der PPD an. This Stürm betonte in seinem Referat: „Beim PPD sprechen wir nie alleine von Risikoorientierung, sondern setzen die Resozialisierung immer dazu.“

Das SKJV trägt also eine Altlast mit, wenn es am 18. August seine Arbeit aufnimmt. Es müsse sich zu Resozialisierungs-Themen hin öffnen, fordert Hans-Jürg Patzen, und er glaube, dass das neue Kompetenzzentrum dies leisten könne. „Das KKJPD ist der Auftraggeber“, stellte Cotti fest, „die Politik macht die Vorgaben, und da spricht man halt lieber von der Sicherheit. Heute wird im Zusammenhang mit ROS betont, dass man die Resozialisierung stets mitgedacht habe. Also gehe ich davon aus, dass sich das SKJV beiden Bereichen, der Sicherheit und der Wiedereingliederung, zuwenden wird.“ Auf die Frage, wo denn das Thema „Resozialisierung“ einen Platz finde in der SKJV-Struktur, meinte Cotti: „Es gibt ja auch die Frage, wo die Soziale Arbeit ihren Platz findet im Justizvollzug, welchen Raum sie einnehmen soll. Klar ist doch: Resozialisierung ist ein gesetzlicher Auftrag.“

Mit gemischten Arbeitsteams zu mehr Harmonie?

Im Zusammenhang mit dem Aufbau des SKJV kam es natürlich auch zu Fragen rund um das Verhältnis zwischen den drei Vollzugskonkordaten, vor allem, nachdem das Westschweizer Konkordat sich im Gegensatz zu den Deutschschweizer Konkordaten entschieden hat, ein eigenes Sanktionsvollzugs-Konzept zu entwickeln statt ROS zu übernehmen. „Dank dem SKJV werden wir Vollzugsthemen schweizweit diskutieren können“, sagte Cotti, „das wird uns dem Ziel der Harmonisierung des Strafvollzugs in unserem Land näher bringen. Alles ist heute sehr kompliziert, mit all den geltenden Regelungen. Wir werden nicht möglichst viel Papier produzieren, sondern uns den wichtigen Themen zuwenden und zur Vereinfachung beitragen.“ Geplant seien zum Beispiel gemischte Arbeitsteams mit Mitgliedern aus der Romandie und der Deutschschweiz, um

gemeinsame Standards zu entwickeln. Auch externe Stellen, nicht nur die KKJPD, sollen Themen ins SKJV eingeben können, verriet Cotti: „Man kann uns anrufen und Themen anregen. Diese werden überprüft, der Stiftungsrat wird dann mitentscheiden, ob sie weiter verfolgt werden.“

Übergangsmanagement und Verbundaufgabe - oder: Wer macht was?

Immer wieder kam es im Workshop zu Diskussionen um die Zusammenarbeit innerhalb der Institutionen und mit den Anbietern von ausserhalb. „Wie soll die Vernetzung zwischen einer JVA und dem externen Therapeuten gestaltet sein?“, fragte ein Psychotherapeut. Aus dem Vollzugsalltag resultiere viel Wissen über die einzelnen Insassen, hielt Vera Camenisch fest: „Das ist eine Goldader für die Therapeuten. Wir sammeln Auffälligkeiten und geben unsere Beobachtungen an die Therapeuten weiter, auch die Vollzugspläne stellen wir zur Verfügung. Aber es geschieht immer wieder, dass Therapeuten dieses Wissen nicht abholen wollen.“ Umgekehrt sei es je nach Institution sehr unterschiedlich, wie die Therapie eine Resonanz bekomme, meinte This Stürm. Den PPD-Therapeuten sei der Austausch mit den Institutionen wichtig, damit komme auch das ROS-Konzept in Wirkung: „Die Informationen sollen gegenseitig fließen, im persönlichen Kontakt oder über gemeinsame Plattformen. Alle sollen einbezogen werden, die mit dem Klienten arbeiten, sie sollen den Auftrag mit einem gemeinsamen Fallverständnis verstehen und sich an diesem orientieren.“ Und wie lassen sich die verschiedenen Konzepte integrieren, die von den Anbietern eingebracht werden, wurde gefragt. This Stürm: „Der Zürcher Justizvollzug verfügt mit ROS über den Weg dazu. Wir müssen Verantwortungs- und Machtfragen klären und eine Struktur schaffen, die gemeinsam die Verantwortung übernimmt. Es muss für jeden Beteiligten klar sein, was für ihn der Umgang mit dem Risiko bedeutet.“

Der Umgang miteinander müsse respektvoll sein, sagte Daniel Treuthardt: „Wenn einer einmal etwas beisteuert und dann runter geputzt wird, wird er nichts mehr sagen. Aber wenn alle Beteiligten das Fallkonzept kennen und wissen, dass es zum Beispiel um Dominanz geht, dann kann auch jeder mitsprechen und seine Beobachtungen einbringen zu dieser Risikoeigenschaft. Das kann protokolliert und damit nutzbar werden.“

„In der Institution muss eine Kultur entwickelt werden, die alle einbezieht, die mit den Klientinnen arbeiten“, sagte Annette Keller, Direktorin der JVA Hindelbank. „Diese Kultur beinhaltet, dass alle auch die Perspektiven der anderen einnehmen können, des Werkleiters, der Psychologin, der Sozialarbeiterin. Jeder Bereich muss den andern ernst nehmen. An dieser Kultur arbeiten wir in unserem Haus jeden Tag und lernen dabei.“ Sie hätten zudem den Vorteil, dass die Übergänge zu den nächsten Vollzugsstufen innerhalb der Institution geschähen. Das erleichtere das Übergangsmanagement. Auch in der JVA Realta werde an der internen Kultur der Zusammenarbeit gearbeitet, sagte Vera Camenisch: „Alle Beteiligten treffen sich in einem monatlichen Gefäss. Dann tauschen wir uns über jeden Klienten aus, unter Einbezug des Vollzugsverlaufs und der Zellenordnung.“

Roger Hofer glaubt, intramural, also innerhalb der Institution, sei eine gute Vernetzung zu schaffen: „Die Herausforderung sehe ich im extramuralen Bereich, in der Zusammenarbeit mit den Anbietern ausserhalb der eigenen Institution, wo jeder sein eigenes Konzept mitbringt.“ Besonders schwierig sei es, den Übergang von der Entlassung zu den Anschlusslösungen in den Gemeinden

zu organisieren, wurde von verschiedenen Votanten festgehalten. Das bestätigte sich mit einer Bemerkung von Kaspar Hauser, Bereichsleiter Arbeitsintegration der Stadt Zürich: „Wir haben keine vom Justizvollzug eingewiesenen Klienten, obwohl wir auch für diese gerne unsere Dienstleistungen anbieten würden.“

Vielfältige Aufgaben - auch für Mütter, Väter, Auszubildende und Migranten

Zwei von drei Frauen im Vollzug der JVA Hindelbank seien Mütter, eine entsprechend wichtige Rolle spiele das Muttersein im Alltag der Insassinnen, berichtete Annette Keller in ihrem Referat. In den Männer-Anstalten tauche das Thema Vaterschaft kaum auf, meinte ein Workshop-Teilnehmer in der Diskussionsrunde – vielmehr werde den Kindern die Abwesenheit des Vaters wohl damit erklärt, er sei am Arbeiten im Ausland. Der Elternschaft, dem Mutter- und Vater-Sein, müsse im Vollzug gebührend Beachtung geschenkt und Raum gegeben werden, forderte Annette Keller in der Schlussrunde des Workshops.

In dieser Schlussrunde kamen einige Themen nochmals zur Diskussion, die schon während der zwei Tage immer wieder zur Sprache gekommen waren. So spiegelt sich im Vollzugsalltag in schweizerischen Anstalten die rasante digitale Entwicklung in unserer Gesellschaft kaum – ausser in massiven Sicherheitsvorkehrungen. Ein Vertreter der Fachstelle Bildung im Strafvollzug (BiSt) berichtete, man sei daran, das Tablet in die Ausbildungsstunden einzuführen. Vera Camenisch wies darauf hin, dass heute bei der Stellensuche digitale Hilfsmittel unerlässlich seien, und die Insassen müssten sie selbstständig bedienen können. „Dieses Thema verdient es weiter verfolgt zu werden“, schloss sich Hans-Jürg Patzen ihr an.

Die JVA sollten vermehrt zu Bildungseinrichtungen werden, wurde in der Diskussion gefordert. Im Moment reiche es für einen halben Tag Ausbildung in der Woche, informierte der Vertreter des BiSt, Ziel müsse es sein, zwei halbe Tage anzubieten. Erfreulich funktioniere der dreimonatige Crash-Kurs Deutsch, der die Insassen befähige, genügend Deutschkenntnisse zur Bewältigung des Institutionsalltags zu erwerben. Ausbildungen sollten in der Anstalt begonnen werden können, regte Vera Camenisch an, der Abschluss dann in der Zeit nach der Entlassung erfolgen. Heute sei der Anschluss an die öffentlichen Bildungssysteme nicht gewährleistet, monierte der BiSt-Vertreter. Abschlüsse aber seien wichtig. In der JVA Pöschwies zum Beispiel könne man inzwischen mit dem Goethe-Zertifikat in Deutsch abschliessen.

Wiedereingliederung als neue Vollzugsstufe?

Ein fragmentierter Strafvollzug müsse verhindert werden, wurde gefordert. Heute wandere der Klient von einer Einrichtung zur andern, nicht immer mit genügender Koordination zwischen ihnen. „Müssen wir die Wiedereingliederung als Vollzugsstufe einführen?“, fragte Hans-Jürg Patzen. „Das gilt es anzuschauen.“ Vom Zeitpunkt der Entlassung her den Vollzug planen, das setze man in Hamburg um, hatte Martin Erismann in seinem Referat berichtet. Vielleicht führe das zu einem sinnvollen Vollzug, der neben der Risikoorientierung auch andern Themen wie zum Beispiel der Stellenvermittlung genügend Zeit und Raum gebe. Und ein weiteres Thema tauchte

auf: die vermehrten Ausschaffungen im Anschluss an den Strafvollzug. „Anschlusslösungen für diese Klienten zu planen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Nötig für die Planung der Rückkehrhilfe wird wohl die vermehrte Einsetzung von Kulturvermittlern in den Institutionen“, meinte ein Strafvollzugs-Einweiser.

Um die Resozialisierungsanliegen voranzubringen, brauche es eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Das wurde in der Schlussrunde gefordert. Zu diesem Punkt meldete sich Patrick Cotti zu Wort: Das SKJV richte eine 60%-Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit ein. Und bat in seinem Schlussappell nochmals darum, das SKJV nie zu vergessen: „Wir bringen die Themen auf die schweizerische Diskussionsebene.“

Verfasser: Stephan Bretscher